

IX. Die (Lokal-)Politik der Hochburg

Die Lokalpolitik soll am Ende dieser Expedition in die politischen Hochburgen von Dane und Waukesha County stehen. Am Ende steht sie zum einen, weil sie letztlich Widerspiegelung und Resultat der zunehmenden Homogenität dieser Orte ist, das letzte Glied in einer Kette von Entwicklungen: Wenn in einer Stadt wie Madison kein einziger Republikaner mehr im City Council sitzt, dann ist das Minderheitsbewusstsein eines Konservativen kein Gefühl mehr, sondern eine Tatsache. Nirgendwo zeigt sich die politische Einseitigkeit von Orten wie Dane und Waukesha County daher deutlicher als hier. Aber Lokalpolitik ist zugleich mehr als nur das Endresultat der hier bereits beschriebenen Prozesse. Sie kann auch Ausgangspunkt einer weiteren Verstärkung dieser Effekte sein. Entscheidungen, die auf dieser Ebene getroffen werden, bestimmen sehr maßgeblich die Struktur eines Ortes, gerade in den in ihrem staatlichen Aufbau extrem dezentralen USA: ob es Fahrradwege gibt oder nicht, wie weit die Häuser voneinander entfernt stehen oder für was überhaupt eine Baugenehmigung erteilt wird, wie hoch die Eigentums- und Umsatzsteuern sind, schließlich sogar, wo und wann man welche Getränke und Speisen konsumieren kann – über all das entscheidet in den USA ausschließlich oder in Teilen *local government*.

Und dass es hier tatsächlich unterschiedliche Präferenzen von Republikanern und Demokraten gibt, das ist bereits in Kapitel 7 über die Magnetwirkung (bzw. Abstoßungswirkung) dieser Hochburgen dargelegt worden. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die lokalen Mehrheitsverhältnisse potentiell großen Einfluss auf die Struktur eines Ortes haben können, was in der Folge die Prozesslogik des „Big Sort“ noch weiter verstärken dürfte: Demokratische super-majorities machen unter diesen Umständen also Politik für andere Demokraten, republikanische super-majorities machen Politik für andere Republikaner. Der Kreis ist dann geschlossen – und diese Idee taucht bereits bei einem der Klassiker der Public Choice-Theorie, Charles Tiebout, und seiner Idee des „Foot Voting“ auf¹ – wenn

1 Vgl. Charles Tiebout: A Pure Theory of Local Expenditures, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 64 (5) 1956: S. 416-424.

diese Entscheidungen wiederum Auswirkungen auf das potentielle Migrationsverhalten der Einwohner eines Ortes haben. So bietet Dane County zwar eine weitaus bessere öffentliche Infrastruktur als Waukesha County, hat aber im Vergleich dafür eine der höchsten „property tax“ in Wisconsin, Waukesha eine der niedrigsten.

Interessant wäre es dabei gewiss zu erfahren, inwiefern die Lokalpolitik von Dane und Waukesha anderen Gesetzen folgt als dies bei politisch weniger einseitigen Orten der Fall ist. Allerdings ist das ein schwieriges, wahrscheinlich sogar unmögliches Unterfangen, denn die Lokalpolitik ist eine der großen Leerstellen der ansonsten wahrlich nicht gerade sparsam ausdifferenzierten amerikanischen Politikwissenschaft. Das ist schon deswegen erstaunlich, da bereits Alexis de Tocqueville in der Idee und Praxis der lokalen Selbstregierung die Ursache für Amerikas demokratische Entwicklung und Vitalität sah. Überdies wird so ein wesentlicher Teil der Realität von Politik in den USA überhaupt ignoriert. Etwa ein Viertel des Bruttosozialproduktes des Landes verdankt sich den Ausgaben der über 90.000 verschiedenen lokalen Gebietskörperschaften – „school boards“, „city councils“, „county boards“, „town boards“, und viele andere Institutionen, die teilweise von Staat zu Staat und von County zu County auch sehr verschieden sein können.² Und wie bereits angedeutet, sind die USA ein sehr dezentral angelegtes politisches System, in dem viele Entscheidungen nicht in Washington (oder in Madison und anderen Hauptstädten der Bundesstaaten), sondern auf sehr viel niedrigerer lokaler Ebene getroffen werden. Und doch wissen wir wirklich erstaunlich wenig darüber, wer in den USA zu lokalen Wahlen als Kandidat antritt, wer überhaupt wählen geht und inwiefern das Resultat dieser Wahlen den „output“ lokaler Politik tangiert. Dabei dürfte das Wahlverhalten auf lokaler Ebene sogar vergleichsweise noch am besten erforscht sein³ – und das obgleich sich in der Wahlforschung nach einer Auswertung weniger als 1% der Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften mit Wahlen auf dieser Ebene beschäftigen.⁴ Im Vergleich dazu sind jedoch lokale Wahlkämpfe oder die Strategien und das Verhalten von lokalen Mandatsträgern nachgerade ein blinder Fleck. Allenfalls in Bezug auf den politischen Prozess in den großen amerikanischen Städten ist die Lage eine andere. Doch was hier unter dem Label der „Urban Politics“ für Chicago, New York, Los Angeles, Atlanta und ein halbes Dutzend weiterer amerikanischer Großstädte erforscht wird, dürfte mit

-
- 2 Vgl. J. Eric Oliver/Shang E. Ha/Zachary Callen: *Local Elections and the Politics of Small-Scale Democracy*, Princeton 2012: S. 1.
 - 3 Vgl. für einen aktuellen Überblick Brady Baybeck: *Local Political Participation*, in: Donald P. Haider-Markel (Hg.): *The Oxford Handbook of State and Local Government*, Oxford 2014, S. 95-111; Timothy B. Krebs: *Local Campaigns and Local election*, in: ebd., S. 189-211.
 - 4 Vgl. Oliver/Shang/Callen, *Local Elections* a.a.O., S. 2 (FN 4).

den Realitäten in sehr viel kleineren Einheiten (wo allerdings noch immer die Mehrzahl der Amerikaner lebt) nur sehr wenig zu tun haben. Aus vielerlei Gründen ist anzunehmen, dass die Politik jenseits dieser Millionenstädte, historisch oft geprägt durch die extrem an Patronage orientierten „party machines“ und in ihrer Bevölkerungszusammensetzung ethnisch sehr heterogen, völlig anders funktioniert. Es käme noch einem Euphemismus gleich, zu behaupten, das Feld amerikanischer Lokalpolitik jenseits dieser Beispiele sei bisher stiefmütterlich behandelt worden; es handelt sich wohl eher um ein Waisenkind.

Über die Funktionsweise lokaler Politik in den USA herrschen gleichwohl einige Annahmen. Sie sei, so wird oft behauptet, weniger ideologisch durchsetzt als die Politik auf der nationalen oder bundesstaatlichen Ebene. Parteiidentifikation spiele eine geringere Rolle bei der Wahlentscheidung, die Streitfragen lokaler Politik ließen sich auch selten anhand des auf nationaler Ebene so überaus präsenten „liberal vs. konservativ“ – Kontinuum verstehen. Stattdessen dominierten temporäre und klar eingrenzbare Themen die Agenda der Lokalpolitik. Wo Konflikte aufbrächen, bildeten sich daher ad-hoc-Koalitionen, die nicht von Dauer seien. Die meisten Entscheidungen auf lokaler Ebene hätten ohnehin einen „managerial character“, einen Verwaltungscharakter. Theodore Lowi formulierte in seiner kritischen Würdigung der „party machines“ in den großen amerikanischen Städten schon in den 1960er Jahren einen Satz, der nach Ansicht vieler Autoren auch heute noch die Essenz lokaler Politik ausdrückt: „There is no Republican or Democratic way to clean a street“.⁵ Pointiert formulieren daher Eric Oliver und seine Co-Autoren: „Unlike national offices, the politics of local governments are rarely fought along ideological lines. Whereas debates among ‘liberal’ and ‘conservative’ elites dominate national and state politics, most local governments are not amenable venues for contesting [...] ideological visions of social organization.“⁶ Grundsätzlich wird die amerikanische Lokalpolitik also nicht anders interpretiert als ihr Pendant in Deutschland: Als Hort einer relativ „ideologiefreien“ Sachpolitik, wo persönliche Netzwerke und die Persönlichkeit des Kandidaten weltanschauliche Motive eindeutig überlagern.⁷ Wie gesagt: An empirischen Untersuchungen, die diese Behauptungen untermauern würden, besteht ein eklatanter Mangel. Einleuchtend

5 Zitiert nach Christopher R. Berry: *Imperfect Union: Representation and Taxation in Multilevel Governments*, Cambridge 2009: S. 191.

6 Vgl. Oliver/Shang/Callen, *Local Elections* a.a.O., S. 7.

7 Vgl. Torben Lütjen: *Jenseits der Parteilichkeit? Zum Anspruch der Freien Wähler auf Ideologiefreiheit*, in: Martin Morlok/Thomas Poguntke/Jens Walther (Hg.): *Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und kommunale Wählergemeinschaften als Alternative*, Baden-Baden 2012.

dürfte sie den meisten jedoch schon deswegen erscheinen, weil Schätzungen zufolge über ca. 75% der Wahlen auf lokaler Ebene eine *non-partisan ballot* darstellen: Hinter dem Namen der Kandidaten steht keine Parteizugehörigkeit.⁸

Jedenfalls soll diese weithin geteilte und grundsätzlich plausible Beschreibung, die die historische Wirklichkeit vermutlich relativ akkurat widerspiegelt, als Referenzpunkt dienen und danach gefragt werden, ob sie auch weiterhin die Realität amerikanischer Lokalpolitik im Zeitalter der scharfen ideologischen Polarisierung beschreibt. Wie also wirkt sich der nationale Konflikt, weltanschaulich in extremer Weise aufgeladen, in Gremien aus, die, salopp ausgedrückt, darüber zu entscheiden haben, ob eine Umgehungsstraße nun links oder rechts am Ort vorbeiführt?

DANE COUNTY: POLARISIERUNG ALS ERFOLGSSTRATEGIE

Beginnen wir abermals mit Dane County. Es ist fraglos der einfachere, klarere Fall. Nach allem was bisher geschrieben wurde, dürfte wohl kaum noch überraschen, dass sich Dane Countys expressiver, täglicher gelebter Liberalismus auch in der Lokalpolitik manifestiert. Um die Kräfteverhältnisse zu erahnen, lohnt sich ein Gespräch mit Mike Herl. Dem Vorsitzenden der Republikanischen Partei von Dane County – als „Secret G.O.P. Chair“, der seine Identität zunächst der Presse nicht verraten wollte, sind wir ihm in diesem Buch schon kurz begegnet – hat eine sehr präzise Vorstellung von Madison und Dane County. Und positiv ist diese nicht gerade. Herl arbeitete früher als Tourmanager von Rock Bands wie Cheap Trick und Mötley Crue. Wer 60 zugehörnte Musiker und Roadies auf Tour aushalte, der sei für jede Herausforderung gewappnet, sagt er. Und doch: Madison, sagt Herl, ein Mann von hünenhafter und ein wenig furchteinflößender Gestalt, sei schon eine Klasse für sich, nämlich: eine „Freakshow“, bevölkert von „Sozialisten“ und anderen Verrückten, die in den 1960er Jahren offensichtlich zu viel geraucht hätten. Ob er überhaupt Hoffnung habe, dass sich die Dinge in Dane County jemals zum Besseren ändern könnten? Und Herl sagt darauf: „When the baby boomers start dying off, sure [...] But here in Madison you have a lot of the

8 Vgl. Brian F. Schaffner/Matthew Streb/Gerald Wright: Teams without Uniforms. The Nonpartisan Ballot in State and Local Elections, in: *Political Research Quarterly*, Vol. 54 (1) 2001: S. 1-30, hier S. 7.

freakin hippies that never left campus. That are still here. But they have to die off. They are not going to hand this over. No, they have to die off.”⁹

An diesen Aussagen verblüffen vielleicht nicht einmal so sehr die heftigen Ressentiments gegen den politischen Gegner – dies teilt Herl mittlerweile mit vielen anderen in den USA, und zwar durchaus auf beiden Seiten der Barrikade. Atemberaubend aber bleibt, mit welcher Heftigkeit Herl hier mit jener Stadt abrechnet, die er, wohl oder übel, dennoch sein Zuhause nennt und in der er und seine Partei in irgendeiner Weise ja politisch zu operieren haben. Doch Herl ist das scheinbar alles egal: er selbst, sagt er, würde ohnehin niemals für ein öffentliches Amt kandidieren; ihm fehle diese „bullshit attitude“, die Wahrheit ständig so zu verdrehen, wie es einem gerade passt.

Die eigentliche Wahrheit aber ist: Mike Herl hat leicht reden, denn er muss sich ernstlich auch keine Gedanken machen über politische Ämter. Er wird so schnell nämlich keins bekleiden. Madison hat seit 1968 keinen republikanischen Bürgermeister mehr gehabt. Seit den 1990er Jahren repräsentiert auch kein Republikaner mehr einen Wahlkreis in Washington oder im Parlament des Bundesstaates Wisconsin in Madison, der sich mit den Grenzen Dane Countys überschneiden würde. Im Stadtrat von Madison, dem „City Council“, befindet sich unter den 20 „Aldermen“ kein einziger Republikaner. In der „Mad City“ ist selbst der Sheriff ein Demokrat. Einzig im 37-köpfigen County Board sind noch einige wenige „Konservative“ zu finden – die freilich in der Regel ebenfalls bemüht sind, nicht zu sehr mit der Republikanischen Partei in Verbindung gebracht zu werden. Während die demokratische Partei in Madison eine gut geölte Wahlkampfmaschine ist, die im Zusammenspiel mit Gewerkschaften und Interessengruppen die Wahlkämpfe für lokale Ämter sehr ernst nimmt, verteilen die Republikaner in Dane County erst gar keine „endorsements“, die in den USA so etablierten Wahlempfehlungen für einen Kandidaten. Herl sagt, dies geschehe aus Anstand, schließlich seien das Wahlen, bei denen Personen und nicht Parteien auf dem Wahlzettel stünden. Aber jeder kennt den eigentlichen Grund der Zurückhaltung: Die Republikanische Partei empfiehlt keine Kandidaten zur Wahl, weil es diesen schaden anstatt nutzen würde. Niemand ist in Dane County darauf erpicht, von Herl und seinen Leuten unterstützt zu werden.

Man muss sich das „endorsement“ durch die County GOP in etwa als sizilianischen Todeskuss vorstellen.

9 Gespräch mit Mike Herl, 31. Mai 2012.

Es ist diese Asymmetrie, die die lokale Politik in Dane County mehr als alles andere prägt: Die einen versuchen alles, den Parteicharakter und alles Ideologische herauszuhalten, während die anderen nach Kräften bestrebt sind, das Gegenteil zu erreichen. Es lässt sich denken, wer dabei die Oberhand behält. Unparteilichkeit oder Ideologiefreiheit – diese oben genannten angeblichen Charakteristika lokaler Politik in den USA – scheinen allenfalls an der Oberfläche die Atmosphäre zu bestimmen. Der größte Teil der Abstimmungen im County Board wird zwar mit Einstimmigkeit getroffen. Vieles von dem, was dort entschieden wird, eignet sich in der Tat schlecht zur Politisierung: wenn zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen, weil ein besonders harter Winter die Straßen im County mehr als sonst noch ruiniert hat und die Schlaglöcher beseitigt werden müssen, dann hat dieses mit liberalen und konservativen Positionen wenig zu tun. Und dennoch muss man sich das 37-köpfige Dane County Board – eine Ansammlung von ehrenamtlichen Politikern, die dafür lediglich eine bescheidene Aufwandsentschädigung erhalten – ansonsten wie ein kleines Parlament vorstellen, mit markanten ideologischen Trennungslinien, und einer Atmosphäre der Parteilichkeit, die bis ins Persönliche geht. Insbesondere die Verabschiedung des County-Budgets schaffte in den letzten Jahren Dynamiken wie in der nationalen Politik. Bis 2012 etwa besaßen die Konservativen im Board noch immer eine Art Sperrminorität, um ein Veto einzulegen, sobald das County sich für neue Projekte verschulden wollte. Exakt 10 konservative „Supervisor“ – so der Name für die Mitglieder des County Boards – blockierten auf diese Weise von 2010 bis 2012 zahlreiche Vorhaben des County Boards, vor allem Umweltschutzprojekte, die den Erwerb von Land an den Ufern der beiden großen Seen, die Madison umschließen, vorsahen. Es war eine Konstellation, die nicht wenigen Beobachtern wie eine Kopie des Washingtoner Budget-Streits erschien, durch welche die USA mehrfach knapp am Staatsbankrott vorbeischrammten, mitsamt der exakt gleichen Rhetorik auf beiden Seiten.¹⁰

Die konservativen und progressiven Mitglieder des County Boards (eine Unterscheidung, die hier eher gebräuchlich ist als die Unterteilung in Demokraten und Republikaner) treffen sich vor den Sitzungen der County Boards und verabreden ihre Strategien und ihr Abstimmungsverhalten, obgleich es, wie gesagt, nur eine Minderheit von Fällen sind, in denen wirkliche ideologische Standpunkte

10 Vgl. Steven Verburg: Dane County Board conservatives seek influence by threatening borrowing resolution, in: *Wisconsin State Journal*, 18. September 2011, http://host.madison.com/news/local/govt-and-politics/dane-county-board-conservatives-seek-influence-by-threatening-borrowing-resolution/article_e8ceaaa6-e22d-11e0-aa4c-001cc4c002e0.html (zuletzt abgerufen am 4. Juni 2015).

ernsthaft eine Rolle spielen. Wobei die Liberalen diese Art von Koordination eigentlich sowieso kaum nötig hätten: Denn seit 2014 zählen von den 37 Mitgliedern das Board gerade einmal noch 6 zum Block der Konservativen – zu wenig, um eigene Initiativen zu entwickeln oder solche der Gegenseite zu blockieren.

Interessanterweise ist diese erdrückende Dominanz des liberalen Lagers gleichwohl jüngeren Datums, als es Madisons Status als bereits jahrzehntelanger Hochburg des amerikanischen Liberalismus vermuten ließe. Obgleich gewiss schon immer politisierter als anderswo, entsprach die lokale Politik bis vor etwa 10 Jahren noch sehr viel stärker dem eingangs dieses Kapitels zitierten Credo der Über- bzw. Unparteilichkeit lokaler Politik. Das County Board war auch nicht unbedingt eine Institution, auf der das große Interesse der Demokratischen Partei oder liberaler Interessengruppen lag. In den 1990er Jahren war es auch deshalb zu einer ungewöhnlichen Konstellation gekommen: Für ein paar Jahre, zwischen 1992 und 1996, existierte im Board eine konservativ-moderate Mehrheit. Eine republikanische Mehrheit war dies deswegen noch nicht, denn schon damals hielt sich die republikanische Partei aus der Lokalpolitik weitgehend heraus. Die Bruchlinien im County Board verliefen ziemlich genau zwischen den Wahlbezirken, die zur Stadt Madison gehören und den eher ländlichen Gegenden in Dane County. Heute wie damals ging es vor allem um „zoning regulations“, die sehr restriktiven Bau- und Umweltauflagen, die insbesondere vielen Farmern in der Umgebung ein Dorn im Auge waren. Der County Board Chair dieser Jahre, Michael Blaska (der Bruder des hier schon zitierten konservativen Bloggers David Blaska) hatte sich selbst lange Zeit als Demokrat verstanden, und sich erst in seiner Zeit im County Board kontinuierlich nach rechts entwickelt. Damals, so Blaska, sei es noch möglich gewesen, mit lokalpolitischen Themen jenseits ideologischer Zuordnungen zu punkten. Bei einigen Supervisors sei auch gar nicht so eindeutig gewesen, auf welcher Seite sie eigentlich standen. Er selbst etwa, obgleich Teil der kurzfristigen konservativen Mehrheit, unterstützte damals die Idee, in Dane County auf „Light Rail“ zu setzen, eine Art von S-Bahn-System, das Madison mit seinen Vororten verbunden hätte. Die Meinungen dazu seien damals im County Board nicht strikt entlang der ideologischen Linien verlaufen.¹¹ Blaska zitiert gerade dieses Beispiel, weil er weiß, dass es heute zum politischen Lackmustest geworden ist: Während ein auf Schienen basierendes Nahverkehrssystem heute zu den großen, unerfüllten Sehnsüchten der liberalen Meinungsführer gehört, weil nichts für sie stärker das Ideal von urbaner Dichte verkörpert, lehnen Konservative in Dane County dieses Projekt unisono ab.

11 Gespräch mit Michael Blaska, 25. Mai 2012.

Irgendwann in den 2000er-Jahren aber begann sich Madisons und Dane Countys Liberalismus stärker in den lokalen Mehrheitsverhältnissen niederzuschlagen. Ein Grund war gewiss, dass das County in dieser Zeit begann, auch im Umland demokratischer zu werden. Es war jedoch auch dem Erfolg einer bewussten Strategie des liberalen Lagers geschuldet. Und diese Strategie ist eigentlich denkbar einfach in einem County, in dem Barack Obama 2008 und 2012 deutlich über 70% der Stimmen auf sich vereinigen konnte: Unter der Voraussetzung einer solchen politischen Hegemonie haben die politischen Eliten der Mehrheitskultur stets ein Interesse an einer möglichst extremen Polarisierung und Parteipolitisierung der lokalen Wahlen. Sie versuchen, den politischen Diskurs möglichst nah an nationale Themen und damit an die Konfliktmuster nationaler Politik heranzuführen. Die Wahlen zum County Board finden alle zwei Jahre im Frühjahr statt, also nicht zeitgleich zu den nationalen Wahlen, was die Mobilisierung dezidiert ideologisch ausgerichteter Wähler erheblich erschwert. Stattdessen dominieren dann in der Tat die Themen der Lokalpolitik, die sich bisweilen nur schwer in ein „liberal vs. konservativ“-Schema pressen lassen. Zwar gibt es in der Stadt Madison nicht wenige liberale Aktivisten mit großem Interesse an Lokalpolitik. Viele verfolgen gerade auf diesem Feld ihre Kernanliegen, zum Beispiel den Kampf gegen suburbane Zersiedelung. Doch das bleibt eine Minderheit und so dürften diese Wahlen selbst im vergleichsweise hochpolitisierten Dane County von einem Typus dominiert werden, für den William Fischel den Begriff des „homevoters“ geprägt hat: die Besitzer von Eigenheimen, die seit langem an einem Ort wohnen, dort sozial sehr verankert sind und die Kandidaten für lokale Ämter oft sogar persönlich kennen. Nicht selten sind ihre unmittelbaren Interessen stärker berührt, nicht nur aufgrund ihrer Sorge über die Wertentwicklung ihres Hauses, sondern vielleicht auch weil sie als Klein-Unternehmer und Geschäftsleute von Entscheidungen auf lokaler Ebene stärker betroffen sind.¹² Insgesamt kann die Kombination dieser Faktoren fraglos für einen konservativeren Zuschnitt des Wählerprofils sorgen, als es sich bei nationalen Wahlen herausbildet. Diese These passt auch exzellent zu Analysen, die herausgefunden haben, dass „non-partisan ballots“ die Wahlbeteiligung sinken lassen und dadurch konservative Kandidaten tendenziell bevorteilt werden.¹³

12 Vgl. William A. Fischel: *The Homevoter Hypothesis: How Home Values Influence Local Government Taxation, School Finance and Land-Use Policies*, Cambridge 2004.

13 Vgl. Schaffner et al: *Teams without Uniforms*, a.a.O; Brian Schaffner/Matthew J. Streb/Gerald C. Wright: *A New Look at the Republican Advantage in Non-Partisan Elections*, in: *Political Research Quarterly*, Vol. 60 (2) 2007: S. 240-249.

Folglich gilt es also, das Elektorat stärker an das der nationalen Wahlen anzupassen. Doch wie erreicht man, dass die ideologischen Konflikte von Washington auch den politischen Diskurs in Dane County bestimmen? Schließlich macht es wenig Sinn, bei Wahlen zum Dane County Board eine Reform des nationalen Gesundheitssystems anzukündigen – das würde auch der eigenen potentiellen Anhängerschaft wenig glaubwürdig erscheinen.

Dane Countys Liberale erreichen diese Polarisierung vor allem durch eine Art von deklamatorischer Politikinszenierung, die zwar auf den ersten Blick nur symbolische Bedeutung zu haben scheint – tatsächlich aber in effizienter Weise die Fronten klärt. In erster Linie sind das die Resolutionen, die das Board mindestens einmal im Jahr, oft aber auch häufiger, verabschiedet, und die mit „County Government“ in der Tat rein gar nichts zu tun haben. Diese Resolutionen fordern etwa den Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak, sprechen sich für die Einführung der Homo-Ehe aus oder für die Legalisierung von Marihuana und viele andere Lieblingsthemen der amerikanischen Linken. 2011 verabschiedet das Board, selbstverständlich, eine Resolution, die sich gegen den Act 10 Scott Walkers ausspricht. Die politischen Anführer der liberalen Mehrheit räumen offen ein, dass dieses vor allem geschieht, um die Integration nach innen zu stärken und für eine gewisse Gruppenkohäsion zu sorgen. „It keeps our people happy“, wie eine der führenden Stimmen im Board verrät. Doch die viel wichtigere Konsequenz dieser Resolutionen ist, dass sie die Mitglieder des Boards dazu zwingen, Stellung zu beziehen: eben für oder gegen den Irak-Krieg, für oder gegen die Home-Ehe, für oder gegen eine Amnestie für illegale Einwanderer usw. Damit unterlaufen die Resolutionen die Intention der Minderheitskultur – in diesem Fall der Republikaner von Dane County – den politischen Diskurs auf lokale Themen zu beschränken und unterstützen die Intention der ideologischen Mehrheitskultur, lokale Politik zu einer Frage der politischen Identität zu machen.

Oft hat das sehr praktische und plastische Konsequenzen: Viele Mandatsträger des Boards, die nicht zur liberalen Mehrheit gehören, werden in den Wahlkämpfen aufgrund ihres Widerstandes gegen diese Resolution attackiert. Es heißt dann, das Kandidat A, der gegen die Annahme der Resolution gegen den Irak-Krieg gestimmt hat, ja ganz offenkundig ein Unterstützer des Krieges sei; oder Kandidat B das Recht auf Abtreibung bestreitet; oder, der schlimmste aller Fälle, Kandidat C nicht für die Resolution gestimmt hat, die sich vom Act 10 Scott Walkers distanziert. Es gibt ein paar Supervisor, die in der Vergangenheit schlau genug waren, nicht in diese Falle zu tappen. Da ist z.B. Ronn Ferrell, einer der wenigen „Überlebenden“ der liberalen Mobilisierungswellen der letzten Jahre. Ferrell sitzt seit 2008 im Board, und das obgleich er bei fast jeder Wahl einen Herausforderer gegen sich hatte, stets unterstützt von der Demokratischen Partei.

Ferrell sagt von sich selbst, er sei zwar kein Mitglied irgendeiner Partei, ideologisch jedoch ein „fiscal conservative“ und ein „social moderate.“ Er sagt allerdings auch, dass Wisconsin's Gouverneur Scott Walker alles fehle, um Präsident zu werden. Vor die Wahl gestellt, würde er für jeden anderen Demokraten im Kampf ums Weiße Haus stimmen – einschließlich der ultraliberalen Senatorin von Massachusetts, Elisabeth Warren. Ferrell ist wohl tatsächlich kein eingeschworener Republikaner und Konservativer, aber weil er eben auch nicht zur liberalen community von Dane County gehört, ist er für die Gegenseite de facto ein Konservativer. Dass er sich behaupten konnte, liegt zum einen daran, dass sein Wahlbezirk im Vorort Middleton nicht ultraliberal ist, er viel Zeit und Energie in seine Arbeit steckt – aber eben auch daran, dass er zwar „bekennt“, konservativ zu sein, aber es ansonsten so wie gut wie möglich vermeidet, mit der Republikanischen Partei assoziiert zu werden. Ferrell hat es deswegen auch schlichtweg abgelehnt, bei diesen Resolutionen eine Position einzunehmen: er wählt nicht dagegen, er wählt nicht dafür, er enthält sich nicht einmal offiziell – sondern gibt zu Protokoll, dass es sich nicht um eine Angelegenheit handelt, die County Government betrifft, und er daher gar keine Kompetenz zum Thema besäße. Im Protokoll wird dies unter „did not vote“ gewertet. Damit, erzählt Ronn Ferrell im September 2012, sei er besser gefahren als andere Supervisor, die bei der nächsten Wahl aufgrund ihres Votums gegen diese Resolutionen damit attackiert wurden, offensichtlich nicht die Werte der Gemeinschaft in Dane County zu teilen. Gleichwohl sagt auch Ferrell, dass es letztlich langfristig unmöglich sei, sich als unabhängige Stimme zu profilieren in Dane County: „There is no neutral. You are not allowed to be neutral.“¹⁴

Nach Scott Walkers Act 10 bieten sich im Übrigen noch ganz neue Möglichkeiten, die politischen Unterschiede hervorzuheben. Da die Namen der fast eine Millionen Menschen, die die Petition für den Recall unterzeichnet haben, online in einem Register einsehbar sind, weiß nun jedermann wer den Recall unterstützt hat und wer nicht. Und in Madison ist die Sache ganz einfach: Bei allen, die die Petition nicht unterzeichnet haben, muss es sich wohl folglich um Scott Walker-Unterstützer handeln. Wer in irgendeiner Weise mit dem Gouverneur in Verbindung gebracht werden kann, ist danach in Dane County politisch praktisch erledigt. Das gilt nicht nur für das County Board, sondern z.B. auch für die Richterämter. 2012 traf es etwa Roger Allen, ein von allen Seiten respektierten „County Judge“. Allen, der strikt darauf bestand, „non-partisan“ zu sein, also keiner Partei und keinem Lager anzugehören, hatte breite Unterstützung sogar von einigen führenden Liberalen der Stadt wie Paul Soglin erhalten. Nichts in seiner Biographie wies ihn als Republikaner oder Konservativen aus. Sein einziges Problem war,

14 Gespräch mit Ronn Ferrell, 18. April 2012.

dass er wenige Monate zuvor aufgrund einer Vakanz von der republikanischen Landesregierung eingesetzt worden war. Seiner Widersacherin fiel es deshalb leicht, ihn als „Scott Walker Appointee“ zu verunglimpfen. Der Vorwurf verfiel und Allen verlor die Wahl.¹⁵ Da dieses in der Folge noch häufiger passierte, ließ Walker schließlich verlautbaren, dass es wohl keinen Sinn mehr mache, in Dane County bei vakanten Richter-Stellen eine Ernennung durch den Gouverneur vorzunehmen – da diese danach ohnehin abgewählt würden.¹⁶

Eine weitere Strategie der Politisierung besteht darin, am Tag der County Board Elections gleichzeitig Referenden abzuhalten, natürlich ebenfalls zu Themen, bei denen man sich im ultraliberalen Dane County sehr sicher sein kann, ein positives Echo zu finden. 2014, die Zahl der konservativen Supervisors war mittlerweile bereits auf acht gesunken, gelang es auf diese Weise den Dienstältesten von ihnen, Dave Wiganowsky, aus dem Amt zu hebeln: Gleichzeitig mit den Wahlen zum County Board wurde ein Referendum über die Legalisierung von Marihuana angestrengt. Die Befugnis dafür liegt natürlich beim Bundesstaat Wisconsin, insofern hatte das Referendum praktisch überhaupt keine Bedeutung. Aber noch einmal: um reale Entscheidungen geht es dabei ja auch gar nicht, sondern darum, ein Zeichen zu setzen. Jedenfalls ging auch in diesem Fall das Kalkül auf: Wiganowsky verlor die Wahl und gleichzeitig gab es auch für das Referendum eine klare Mehrheit.¹⁷

Auch der Fortschritt im Mikro-Targeting – der effizienten und sehr genauen Erfassung potentieller Wähler – spielt diesen Strategien zusätzlich in die Hände. Seit geraumer Zeit besitzen die Untergliederungen der Demokratischen Partei Zugang zum „Voter Activation Network“ (VAN), dem Datenschatz des Democratic

15 Vgl. Nayantara Mukherji: Ellen Berz bests Walker-appointed judge, Roger Allen, in Dane County Circuit Court Primary, in: *Isthmus*, 22. Februar 2012. <http://www.isthmus.com/news/news/ellen-berz-bests-walker-appointed-judge-roger-allen-in-dane-county-circuit-court-primary/> (zuletzt abgerufen am 4. Juni 2015).

16 Vgl. Mary Spicuzza: Scott Walker may stop filling Dane County judge vacancies after 2nd appointee loses, in: *Wisconsin State Journal*, 4. April 2013. http://host.madison.com/news/local/govt-and-politics/scott-walker-may-stop-filling-dane-county-judge-vacancies-after/article_f182e392-9cad-11e2-8a3c-001a4bcf887a.html (zuletzt abgerufen am 4. Juni 2015).

17 Vgl. Nathan J. Comp: Andrew Schauer crushes 10-term incumbent David Wiganowsky as liberals increase Dane County Board majority, in: *Isthmus*, 2. April 2014. <http://www.isthmus.com/news/news/andrew-schauer-crushes-10-term-incumbent-david-wiganowsky-as-liberals-increase-dane-county-board-majority> (zuletzt abgerufen am 4. Juni 2015).

National Committee. Durch die Zusammenführung von Spenderlisten, Umfragedaten und Parteiregistrierungsdaten ist damit seit Obamas Kampagne 2008 ein extrem exaktes Bild der Wählerschaft möglich. Das macht es leicht, ideologisch besonders motivierte Wähler sehr gezielt für diese Wahlen anzusprechen, Menschen, denen die Erderwärmung wichtiger ist als der Bau einer neuen Ortsumgehung oder wie viele Spielplätze gebaut werden. Um sie zu mobilisieren braucht man Botschaften, die über die lokale Ebene hinausreichen – und mit genau diesen Botschaften nationaler Politik werden sie auch in Dane County angesprochen.¹⁸ Auch das trägt dazu bei, dass sich das Elektorat, das an diesen Wahlen überhaupt teilnimmt, verändert, es sich jenem angleicht, das auch bei nationalen Wahlen zur Urne schreitet, wenngleich die Unterschiede in der Beteiligung natürlich eklatant bleiben.¹⁹

Überhaupt ist die politische Führung der liberalen Mehrheit in Dane County erstaunlich hochprofessionell organisiert. Die Demokratische Partei spricht in der Regel auch dann „endorsements“ aus, wenn zwei Demokraten in der Hauptwahl gegeneinander antreten. Zuvor werden Interviews durchgeführt, in denen die politischen Ansichten der Kandidaten durchleuchtet werden.²⁰ Allerdings muss man sich, das wurde schon erwähnt, die Lokalpolitik in Dane County nicht nach Parteien, sondern nach ideologischen Lagern organisiert vorstellen, da ja neben den Demokraten mit „Progressive Dane“ noch eine weitere linke Partei existiert. Beide Gruppen sind allerdings eng miteinander verzahnt. In seiner Zeit als County Board Chair (bis 2012) kontrollierte Scott McDonell (ein Demokrat) auch ein „Political Action Committee“ (PAC): „Citizens for Dane County’s Future“. Die Spenden für das PAC kamen auch von der Demokratischen Partei, größtenteils jedoch von den Gewerkschaften. McDonell wiederum entschied, an welche Kandidaten das Geld verteilt wurde, und natürlich flossen die Ressourcen an Kandidaten in stärker kompetitiven Wahlkreisen, die wirklich konservative Gegen-Kandidaten hatten. Das PAC unterstützt dabei nicht allein Kandidaten der Demokratischen Partei, sondern auch solche, die zu Progressive Dane gehörten.²¹

18 Gespräch mit Scott McDonell, 28. März 2012.

19 Erstaunlicher Weise blieben alle Nachforschungen und alle offiziellen Anfragen erfolglos: die exakte Wahlbeteiligung bei Wahlen zum County Board konnte weder für Dane noch für Waukesha ermittelt werden. Nach den Schätzungen der jeweiligen Funktionäre der lokalen Parteiorganisationen dürfte sie zwischen 15-20% liegen.

20 Gespräch mit dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei von Dane County, Michael Basford, 30. März 2012.

21 Gespräch mit Scott McDonell, 28. März 2012.

Generell ist der finanzielle Vorsprung des liberalen Lagers enorm, was auch und gerade in Wahlkämpfen zum County Board einen Unterschied macht, wo Kandidaten im Schnitt ca. 8000 Dollar für eine Kampagne ausgeben.²²

Das sogenannte „redistricting“ ist das letzte Instrument, dass zur Absicherung der eigenen Mehrheit eingesetzt wird, eine Praktik, die ebenfalls aus höheren Ebenen der USA nicht unbekannt, ist und in der sich die selbstverstärkende, perpetuierende Kraft der politisch hegemonialen Verhältnisse am deutlichsten zeigt. 2011 wurden von der liberalen Mehrheit im County Board die Grenzen der einzelnen Wahlkreise neu zugeschnitten. Viele Bezirke, die bis dahin rein ländlich waren, bekamen durch die Einverleibung der Außenbezirke der Stadt Madison einen sehr viel urbaneren Charakter – mit absehbaren Konsequenzen. Andere wurden so verändert, dass konservative Supervisor gegeneinander hätten antreten müssen. Auf Seiten der Konservativen sorgte das für Wut und Verärgerung. Aber selbst eher liberale Kolumnisten kritisierten, dass die liberale Mehrheit des County Board ganz offenkundig ein ähnliches Demokratieverständnis offenbare wie die republikanische Mehrheit in der State Legislature.²³ Die Liberalen im Board gaben ungeführt zu, dass die Neueinteilung zu ihrem Vorteil ausgefallen sei – allerdings habe das nur die ungerechtfertigte Bevorzugung der ländlichen Wahlkreise zuvor ausgeglichen.²⁴

Im Resultat führt das bei Konservativen und Republikanern zu einem Zustand, der mit Resignation noch unzureichend beschrieben ist. Schon 2012 – der Tiefpunkt stand erst noch bevor, der konservative Block hatte immerhin noch acht anstatt wie heute sechs Mitglieder – meinte Ronn Ferrell, dass er und seine Kollegen entschieden hätten, einfach nur interessierte Zuschauer zu sein: „We have all decided basically just to have fun the next two years. Because there is nothing else to do.“²⁵

22 Ebd.

23 Vgl. Chris Rickert: Dane County Redistricting not that different from State, in: *Wisconsin State Journal*, 25. Februar 2012, http://host.madison.com/news/local/chris_rickert/chris-rickert-dane-county-redistricting-not-that-different-from-state/article_1dbe2386-5f3d-11e1-be4b-0019bb2963f4.html (zuletzt abgerufen am 4. Juni 2015).

24 Vgl. Jack Craver: Progressives County Board Majority Likely to Grow, in: *The Capital Times*, 4. Februar 2012, http://host.madison.com/news/local/govt-and-politics/politicoscope/madison-politicoscope-progressives-county-board-majority-likely-to-grow/article_88d97036-4eac-11e1-ab01-001871e3ce6c.html (zuletzt abgerufen am 4. Juni 2015).

25 Gespräch mit Ronn Ferrell, 18. April 2012.

In einem Zeitungsinterview verriet er später, dass er am besten erst gar keine Vorschläge machen würde – denn schließlich sei dies der sicherste Weg, um ein Vorhaben sofort zu Fall zu bringen.²⁶ Alle konservativen Supervisor beschreiben auch recht plastisch, wie sich ihrer Ansicht nach die sozialen Umgangsformen im Board verändert hätten. „We used to be able to just like each other. And disagree. And it's not that way anymore. It has become very personal“²⁷, sagt etwa Eileen Bruskewitz, ein konservatives Mitglied des County-Boards, die bis 2012 im County Board saß, und dann der Neueinteilung der Wahlkreise zum Opfer fiel. Früher, erzählt Bruskewitz, sei man nach den County Board Treffen noch häufiger ein Bier trinken gegangen, quer durch die politischen Blöcke. Heute ist das Geschichte. Alle zwei Jahre, bei dem ersten Zusammentreffen eines neuen County Boards mit dem Einschwören der neuen Supervisors, gibt es weiterhin einen gemeinsamen Kneipenabend. Dabei allerdings bleiben beide Gruppen zunehmend unter sich. Ronn Ferrell beschreibt das Phänomen so: „And you don't feel welcome in that group. Particularly it was interesting watching the body language of the new supervisors and particular if they would [...] They obviously were standing out. You could see them kind of looking at me and almost like [...] ‘Go away, evil person!’ or whatever... And again I am probably reading something into their gestures and expressions that isn't there.“²⁸

Das mag banal klingen. Doch darf man davon ausgehen, dass bei einer ehrenamtlichen Tätigkeit, die wenig soziales Prestige und noch weniger Geld einbringt, das soziale Miteinander eine entscheidende Rolle für die Motivation spielt. So ist nicht verwunderlich, dass sich immer weniger Nicht-Liberale Kandidaten finden, die zur Wahl antreten wollen. 2014 etwa waren bei den Wahlen zum County Board nur noch sehr wenige Wahlen (7 von 37; 2010 wären es hingegen noch 20 und 2012 noch 14 Wahlen gewesen, bei denen es Gegenkandidaten gab) überhaupt noch kompetitiv – in den meisten Fällen also trat überhaupt kein Gegenkandidat mehr an. Auch das ist ein Zeichen für die zunehmende Resignation der konservativen Minderheit im County.

26 Vgl. Jack Craver: Conservatives are nearly extinct in Dane County Government, in: *Capital Times*, 5. Juni 2013, http://host.madison.com/news/local/writers/jack_craver/conservatives-are-nearly-extinct-in-dane-county-government/article_7bc00739-e387-5cf1-9c2b-0163f07c8dd9.html (zuletzt abgerufen am 15. Juni 2015).

27 Gespräch mit Eileen Bruskewitz, 22. März 2012.

28 Gespräch mit Ronn Ferrell, 18. April 2012.

Mit einer gewissen Verzögerung, doch dafür nach den Protesten rund um das Capitol 2011 umso vehementer, spiegelt sich Dane Countys Status als demokratische Hochburg, und die große Präsenz des amerikanischen Liberalismus auch als prägende Alltagsideologie, jetzt auch in der Lokalpolitik wider.

WAUKESHA COUNTY: DIE TEA PARTY IN DER LOKALPOLITIK

Wer sich nach seinem Besuch in Dane County in die Ebenen der Lokalpolitik von Waukesha begibt, der kann zunächst ein wenig erstaunt sein – oder, je nach Perspektive, womöglich sogar enttäuscht. Denn hier, in diesem „Garten Eden des Konservatismus“, der von Hardlinern wie Paul Ryan und James Sensenbrenner in Washington repräsentiert wird, und dessen Abgeordnete in der *State Legislature* in Madison als besonders loyale Prätorianer-Garde Scott Walkers gelten – in diesem durch und durch konservativen Ort, erscheint die Lokalpolitik auf den ersten Blick keineswegs als Hort konservativer Ideologie.

Gewiss sollte man dabei zwar die Selbstbeschreibung von Akteuren hierbei nicht unkritisch übernehmen: das Versprechen einer ideologiefreien, sachlichen Lokalpolitik, die im Kontrast stehe zum Parteienstreit auf nationaler Ebene, gehört wahrscheinlich nicht nur in den USA fest in das Arsenal dieser Gruppe von Politikern. Vorsicht ist also geboten, wenn der County Executive von Waukesha County, Dan Vrakas, behauptet, alle seine Entscheidungen seien rein „data-driven“ und das Wunderbare in der Lokalpolitik sei, dass es stets nur um die Sache gehe²⁹, oder wenn der County Board Chair, Paul Decker, sagt, er lehne politische Labels generell ab und versuche, Probleme stets von ihrer „objektiven“ Seite zu betrachten.³⁰ Nicht selten schließlich verbirgt sich hinter vermeintlichen Sachzwängen eine besonders doktrinäre Politik.

Doch auch jenseits solcher Selbst-Etikettierungen vermeintlicher Unparteilichkeit: Abermals ist in Waukesha viel schwerer zu entdecken, was in Dane County so überdeutlich zu Tage tritt. Während die nationale Politik mit ihren Streitigkeiten und ihren ideologischen Reflexen in der liberalen Hochburg stets präsent ist, scheinen die Uhren in Waukesha tatsächlich anders zu gehen. Das Waukesha County Board verabschiedet keine Resolutionen für Anliegen, die in Wahrheit die nationale Ebene betreffen und mit Lokalpolitik nichts zu tun haben – so wie es in Dane County ständig passiert.

29 Gespräch mit Dan Vrakas, 20. November 2012.

30 Gespräch mit Paul Decker, 27. September 2012.

Wer die lokalen Wahlkämpfe in Waukesha studiert, trifft nur höchst selten auf Konflikte, die man in das liberal-konservativ-Kontinuum pressen könnte. Überhaupt finden sich hier, in diesem Treibhaus politischer Partizipation auf der nationalen und bundesstaatlichen Ebene, kaum echte Wahlkämpfe: lange Zeit jedenfalls traten viele Kandidaten für das County Board ohne Gegenkandidaten an. Auch das Board selber scheint auf den ersten Blick keine ideologischen Spaltungslinien zu kennen. Es gibt, wiederum im Gegensatz zu Dane County, keine quasi-Fraktionsbildungen, keine liberalen oder konservativen „Caucuses“, die sich vor den Sitzungen des County Boards treffen und koordinieren würden. Im 25-köpfigen County Board sitzen neben einigen Republikanern und Manchen, die politisch tatsächlich nur schwer einzuordnen sind, auch zwei Demokraten. Aber wirklich isoliert oder vereinsamt fühlen diese sich nicht, sondern eher gut integriert.

Die örtlichen Parteiorganisationen halten sich aus lokalen Angelegenheiten beinahe komplett heraus, verteilen keine „endorsements“, geben keine finanzielle Unterstützung, scheren sich insgesamt recht wenig um den Ausgang der Wahlen. Ganz besonders gilt dies für die Demokratische Partei, die in Waukesha noch weniger involviert ist als die Republikaner in Dane County. Letztere kritisieren wenigstens in ihrer Hilflosigkeit und Handlungsunfähigkeit die Lokalpolitik der „Mad City“; den Demokraten in Waukesha entlocken die politischen Verhältnisse vor Ort jedoch nicht mehr als ein stummes Achselzucken. Liberale Aktivisten vor Ort, ausgestattet mit intimen Kenntnissen über die Folgen der Globalisierung in weit entfernten Erdteilen, wissen über die Themen lokaler Politik erstaunlich wenig, oft sogar einfach gar nichts.

Kurz gesagt: In Waukesha scheint Lokalpolitik noch immer Lokalpolitik zu sein. Der konservative Blogger James Wigderson, der von Waukesha aus bloggt und dabei viel über die örtliche Politik schreibt, hat ebenfalls seine Schwierigkeiten, diese nach parteipolitischen Konfliktlinien zu sortieren: „I couldn't tell you what party any of them belong to“, sagt er etwas ratlos über die Mitglieder des County Boards oder auch der Mitglieder des City Councils von Waukesha City. „I don't think they see themselves as part of a broader movement. Most of the people get involved like, say, Waukesha County government are just happy of wearing the title of Waukesha County Supervisor and going to their church pick-nicks.“³¹

Doch womöglich befindet sich die Lokalpolitik von Waukesha auch einfach in einer anderen, und zwar früheren Phase der ideologischen Aufladung. Vieles spricht dafür, dass dort noch in den Kinderschuhen steckt, was in Dane County längst zur vollen Reife gelangt ist. Auch in Waukesha wird es zunehmend schwieriger, als Lokalpolitiker den Anspruch von Unparteilichkeit aufrecht zu erhalten

31 Gespräch mit James Wigderson, 29. September 2012.

und sich nicht auf jene ideologischen Diskurse einzulassen, die auch die nationale Politik dominieren. Um diese Zeichen des Wandels zu erkennen, lohnt es, die Geschichte von Jim Dwyer gründlich zu studieren. Er war einerseits Jahre lang das beste Beispiel dafür, dass die toxische ideologische Polarisierung von Washington die Lokalpolitik von Waukesha scheinbar nie erreicht hatte – und ist heute Beleg dafür, dass es mit der Ruhe bald vorbei sein könnte.

Bis genau 2012 war Dwyer beinahe zwei Jahrzehnte Vorsitzender des County Boards in Waukesha. Damit bekleidete er nach dem County Executive die zweithöchste Position in diesem tiefroten County. Und dennoch: Spricht man mit jenen, die sich mit der örtlichen Politik wirklich gut auskennen, so vermag selbst niemand von ihnen mit Sicherheit zu sagen, wo Dwyer politisch eigentlich stand und steht, ob er Republikaner war, oder Demokrat oder tatsächlich keines von beiden.³² Nichts dokumentiert wohl besser, wie offenkundig depolitisiert die Lokalpolitik in Waukesha einmal war. Jim Dwyer selbst sagt, dass er wohl entweder ein sehr konservativer Demokrat oder aber ein sehr liberaler Republikaner sein müsse, denn für ihn bestünde da kein Unterschied.

An diesem Tag im Oktober 2012, als man ihn in seinem Haus in Menomonee Falls besucht, inmitten des Präsidentschaftswahlkampfes 2012, lässt er durchblicken, dass er seine Wahl-Entscheidung noch nicht ganz fest getroffen hat, aber offensichtlich neigt er eher zur Wahl Barack Obamas. Dass er sich von anderen in Waukesha politisch unterscheidet, erschließt sich im Gespräch schnell. Man merkt es vor allem daran, dass er anders über Milwaukee spricht. Er kommt wie viele andere aus der „Brew City“, aber Dwyer erinnert sich eher wehmütig an das Aufwachsen in der Großstadt, und dass seine Eltern damals noch kein Auto besaßen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln fuhren. Ein „europäischer“ Lebensstil sei das gewesen, sagt Dwyer melancholisch, denn er meint das keinesfalls negativ. Dass Milwaukee viele Probleme hat, bestreitet auch er nicht, aber den Kontext sieht er doch etwas anders: „We are one freeway exit away from reality. Because that's what reality is. We can live here. But if we don't help take care of the problems that they have, it will be here.“³³

Dwyer scheint in vielerlei Hinsicht einem Lehrbuch für die Tugend lokaler Politik entlaufen, Sinnbild eines Ideals, in der es tatsächlich um die Sache, nicht um das Parteiinteresse geht, und auch darum, so pathetisch es klingen mag, für das öffentliche Wohl persönliche Opfer in Kauf zu nehmen. Dwyer, Vater von acht und

32 So etwa im Gespräch mit der Journalistin Laurel Walker, die über drei Jahrzehnte für den *Milwaukee Journal Sentinel* über die Politik in den Suburbs von Milwaukee berichtet hat. Gespräch mit Laurel Walker, 18. Mai 2012.

33 Gespräch mit Jim Dwyer, 11. Oktober 2012.

Großvater von 24 Kindern, diente zunächst im Village Board von Menomonee Falls, dann seit 1992 zusätzlich noch im Waukesha County Board.

In seinem Hauptberuf arbeitete er als Maschinist, zwei künstliche Kniegelenke und eine künstliche Hüfte sind heute sein Andenken. Nach der Arbeit sei er meistens nur kurz zu Hause gewesen, danach habe es immer irgendeine Sitzung eines Ausschusses gegeben oder andere Veranstaltungen. Nach seiner Parteizugehörigkeit habe ihn eigentlich nie jemand gefragt, meint er, und dass obwohl sein Wahlbezirk gemessen an den Ergebnissen bei Präsidentschaftswahlen schon damals extrem konservativ gewesen sein muss. In den 20 Jahren im County Board habe er dennoch kein einziges Mal einen Gegenkandidaten gehabt. Wahlkampf hätte er ohnehin nicht betreiben müssen, sagt er, die Dwyers waren bekannt genug in der Gegend, hatten viele Freunde aus der Kirchengemeinde und vom wöchentlichen Softball-Spielen, die Söhne erfolgreiche Sportler in der High-School, weswegen der Name Dwyer regelmäßig in der Zeitung stand. Es sind Erfolgskriterien, die in den USA, wo die Parteien in der Kandidatenauswahl auf dieser Ebene kaum eine Rolle spielen, in normalen Zeiten über die Schicksale lokaler Politikerkarrieren entscheiden.

Einige Jahre nach seinem Einstieg in die Lokalpolitik, im Jahr 1994, wählen ihn seine Kollegen zum County Board Chair, eine Position, die bereits ein voll bezahlter Full-Time-Job ist. Den Knochen-Job als Maschinisten kann er nun an den Nagel hängen. Und noch einmal: Dass Dwyer als parteiloser, moderater Politiker in Waukesha so schnell so viel Akzeptanz gewann, kann man als sicheres Zeichen werten, dass ideologische Zuordnungen ganz offenkundig keine große Rolle spielten.

Erst im Jahr 2005 merkt er, dass es doch nicht ganz so egal ist, wie man politisch verortet wird, und vor allem, wie man politisch vernetzt ist: Dwyer will County Executive werden, das höchste politische Amt im County. Sein Gegenkandidat ist Dan Vrakas, der bis dahin republikanischer Abgeordneter der State Legislature in Madison ist. Er lässt die gesamte Prominenz der republikanischen Partei von Wisconsin im Wahlkampf in Waukesha auflaufen, und sein Wahlkampfteam porträtiert Dwyer als „Big Spender“, der eine liberale „shadow-campaign“ führe. Dwyer selbst erzählt, dass er erfahren haben will, dass am Ende sogar das „Republican National Committee“ in Washington aktiv geworden sei: dort habe man verhindern wollen, dass eines der Vorzeige-Countys im Mittleren Westen einen nicht-republikanischen County Executive bekommt.³⁴ Jedenfalls gelingt Vrakas zumindest teilweise die Mobilisierung konservativer Wähler: Dwyer verliert die Wahl sehr deutlich. Er versucht es kein zweites Mal und bleibt County Board Chair.

34 Gespräch mit Jim Dwyer, 11. Oktober 2012.

Vielleicht war das ein Vorzeichen. Denn in der Folge, und verstärkt dann seit 2009, als nach Barack Obamas Amtsantritt die konservative Mobilisierung durch die Tea Party Bewegung beginnt, verändert sich das politische Klima in Waukesha. Es beginnt damit, dass eine lokale „Waukesha Taxpayers League“ schon 2006 das erste Mal eine Kampagne für die Reduzierung der Mitglieder des County Boards unternimmt. Waukesha hat bereits zu diesem Zeitpunkt die wenigsten Mitglieder im County Board per Einwohner und Dwyer hält die Reduzierung, wie nicht wenige andere Board-Mitglieder, für keine besonders kluge Idee, weil es die Arbeitsbelastung der einzelnen Supervisors erhöht, die Einsparungen angesichts der wenigen tausend Dollar, die als Aufwandsentschädigung gezahlt werden, dafür eher minimal ausfallen. Aber die „Taxpayers League“ hat in einer Petition genügend Stimmen gesammelt, um Druck auszuüben und einige Supervisor machen sich die Forderung zu Eigen und bringen eine entsprechende Resolution ein. Dahinter steckt schließlich die Idee von „Small Government“, und diese ist in Waukesha so populär, dass auch jene Supervisors einknicken, die von der ganzen Idee herzlich wenig halten. Allerdings ist das erst der Anfang: Von jetzt an werden im Zwei-Jahre-Rhythmus neue Unterschriften gesammelt, um das Board weiter zu verkleinern.³⁵

Mit Scott Walkers Amtsantritt 2011 erreicht die Polarisierung der amerikanischen Politik endgültig die lokale Ebene. Da es in Waukesha überhaupt keine Stimme der Demokratischen Partei in der Lokalpolitik gibt, äußert sich dies vor allem in der Politisierung ehemals eher unpolitischer Institutionen und in dem vermehrten Aufkommen von Forderungen, die lokale Politik nun endlich den Maßstäben der konservativen Werte seiner Bewohner anzupassen. Der Versuch der Politisierung zeigt sich unter anderem darin, dass jetzt auch in Waukesha probiert wird, was in Dane County schon lange Usus ist: Es werden Resolutionen verabschiedet.

Es beginnt gleich nach dem Act 10. Einige der konservativen Supervisors im County Board wollen Scott Walker symbolisch den Rücken stärken, indem sie eine Resolution verabschieden, die ausdrücklich die Maßnahmen des Gouverneurs unterstützt. Wieder leisten Dwyer und andere zunächst Widerstand: Man sei nicht in Madison oder Milwaukee, und die Lokalpolitik mit solchen nicht-lokalen Themen aufzuladen, entspreche nicht der Kultur des Ortes.³⁶

Tatsächlich tauchen vor dem Courthouse, wo die Sitzungen des County Boards stattfinden, am Abend der Entscheidung ca. 100 Bürger auf – und die meisten von

35 Vgl. Laurel Walker: Waukesha County Supervisors spar over Board Size, in: *The Milwaukee Journal Sentinel*, 14. Februar 2011, <http://www.jsonline.com/news/waukesha/116192734.html> (zuletzt abgerufen am 2. Juni 2015).

36 Gespräch mit Jim Dwyer, 11. Oktober 2012.

ihnen protestieren sogar gegen Walkers Politik. Dessen ungeachtet jedoch spüren die meisten Supervisor den Druck, Walkers Maßnahmen zuzustimmen. Auch Dwyer knickt ein: er selbst sagt, ihm sei die Einheit des County Boards wichtiger gewesen, als die Tatsache, dass er das ganze Vorgehen für wenig klug hält.³⁷ Außerdem hofft er, dass es eine einmalige Sache bleibt, erklärbar nur durch die besonderen Emotionen, die Walkers Politik ausgelöst hat. Die Resolution wird mit einigen Gegenstimmen (die noch eine Rolle spielen werden) verabschiedet.³⁸

2012 schließlich trifft die beginnende stärkere Polarisierung der Lokalpolitik Dwyer persönlich. In Waukesha County – das würde den Liberalen in Dane County in der Tat niemals passieren – wird das alle paar Jahre notwendig werdende Neuziehen von Wahlkreisgrenzen tatsächlich von einer unabhängigen Kommission geleistet. Nach der letzten Neueinteilung überschneidet sich Dwyers neuer Wahlkreis jetzt mit dem eines anderen County Board Mitgliedes: Janel Brandtjen, die bereits in dieser Arbeit zu Wort gekommene Tea Party Aktivistin, die ebenso wie Dwyer aus Menomonee Falls stammt. Brandtjen ist schon seit 2008 im County Board und bisher dahin eher ein unauffälliger Supervisor gewesen. 2012 aber ist ihre Kampagne ziemlich auffällig, denn sie arbeitet mit den klassischen Versatzstücken konservativer Ideologie, die bis zu diesem Zeitpunkt in der Lokalpolitik von Waukesha selten eine Rolle spielten: In den Flyern, die auch bei Dwyers Nachbarn im Briefkasten landen, heißt es, Dwyer sei ein „Big Spender“, ein „Verschwender“ von Steuermitteln und überhaupt eigentlich ein spärlich getarnter Liberaler. Sie, Brandtjen, hingegen, wolle fortan die konservative Stimme im County Board sein. Sogar der konservative Talk-Radio-Star Mark Belling, vermutlich die wichtigste Stimme des Konservatismus in diesem Teil Wisconsins, hat sich in diesen Wahlkampf eingeschaltet und unterstützt sie.

Dwyer trifft diese Art von Wahlkampf völlig unvorbereitet. Die Wahl verliert er haushoch und für ihn, den von allen hoch respektierten Vorsitzenden des Waukesha County Boards, der vom Sheriff bis zu den Bezirksrichtern auch von vielen moderaten Republikanern im County „endorsements“ erhalten hatte, kommt nach 20 Jahren in der Lokalpolitik ein plötzliches und jähes politisches Ende.

Für die in dieser Hinsicht ansonsten eher unspektakuläre Lokalpolitik von Waukesha ist das ein kleines Erdbeben. Brandtjen, die mittlerweile politische Karriere gemacht hat und seit 2014 auch in der State Legislature in Madison sitzt, hatte außer Mark Belling noch andere Unterstützer: lokale Tea Party Gruppen, die zu

37 Nachträgliche schriftlichte Auskunft von Jim Dwyer vom 24. Juni 2015.

38 Vgl. Laurel Walker: Waukesha County Board Endorses Walker's Budget Action, in: *Milwaukee Journal Sentinel*, 23. März 2011: <http://www.jsonline.com/news/waukesha/118508684.html> (zuletzt abgerufen am 5. Mai 2015).

der Meinung gekommen sind, dass Waukesha zwar in Madison und Washington durch hinreichend konservative Republikaner repräsentiert wird, die Lokalpolitik aber nicht in gleicher Weise geprägt sei. Der Organisator und „Präsident“ einer dieser Gruppen, der „Waukesha Taxpayers Association“, ist Steve Welcenbach. Welcenbach, ein diplomierter Chemiker und Inhaber einer Müllentsorgungsfirma, hat allerlei Interessantes zu sagen. Als man ihn etwa mit Waukeshas Bild als Hort konservativer Ideale konfrontiert und erwähnt, dass die Liberalen in Madison stets von „Mordor“ sprechen, da kann Welcenbach darüber nur ungläubig den Kopf schütteln: „If they only knew how much they have penetrated this county [...]. If they only knew how much engrained liberal ideology is here.“³⁹

Für Welcenbach sind die moderaten Republikaner in der Lokalpolitik von Waukesha nicht besser als die Demokraten von Madison. In seinem Weltbild macht das alles keinen wirklichen Unterschied. Die meisten Republikaner von Waukesha hält er bestenfalls für Opportunisten. Der County Executive Dan Vrakas etwa sei in Wahrheit ein Liberaler, der sich hinter seinem republikanischen Partei-Label verstecke. Und dann, einmal in Schwung gekommen, gewährt Welcenbach dem Autor einen kurzen aber dafür umso intensiveren Einblick in die Gedankenwelt der paranoiden amerikanischen Rechten: Er erzählt, dass der Faschismus in den USA putzmunter sei und seine Gegner „Gestapo-Methoden“ gegen ihn einsetzten; dass nur 5% der Menschen Stützen der Gesellschaft seien, und der Rest von den Leistungen dieser 5% lebe; dass Sozialprogramme die Moral einer Gesellschaft ruinierten; dass es nicht unwahrscheinlich sei, dass irgendwann in der Zukunft von der Regierung unter einem Vorwand das Notstandsrecht verhängt werde, und dass dann ein Widerstand mit Worten alleine wohl nicht mehr ausreiche; und noch einiges andere mehr. Als man Welcenbach, bei einem anderen Gespräch, fragt, woraus sein Weltbild sich zusammensetzt und ihn auf „Fox News“ anspricht, da sprudelt es abermals aus ihm heraus: „Fox News“, sagt Welcenbach, sei „East Coast Bullshit“ und in Wahrheit eine Säule des liberalen Establishments. Wenn man hingegen eine wirklich zuverlässige Informationsquelle bräuchte, könne er guten Gewissens eigentlich nur seine eigene, monatlich erscheinende Zeitung empfehlen. Sie trägt den einzigen Titel, der nach dieser Ankündigung den Ansprüchen wohl noch gerecht werden kann: „Reality News.“⁴⁰ Das Abonnement sei vergünstigt zu haben, die Print-Ausgabe würde er auch auf eigene Kosten nach Deutschland schicken. Der Autor lehnt ab.

Man könnte sagen, dass Welcenbach sehr, sehr konservativ ist. Vielleicht aber wäre es jenseits aller wissenschaftlichen Objektivität auch akkurater und zutreffender zu sagen, dass er, mit Verlaub, in einer bizarren Parallelwelt lebt. Und

39 Gespräch mit Steve Welcenbach, 25. September 2014.

40 Gespräch mit Steve Welcenbach, 22. November 2012.

doch: Welcenbach und andere die so denken wie er, sind womöglich gerade dabei, die politische Landschaft in Waukesha zu verändern. Brandtjen war nicht die einzige Kandidatin, die bei den letzten Wahlen 2012 und 2014 unterstützt wurde. Schon 2010 waren einige neue Supervisor mit Tea Party Hintergrund in das County Board gewählt worden. Manche waren schon länger aktiv, andere aber wurden vor allem durch die Protest-Welle nach 2009 politisch aktiviert. Eine große Rolle dabei spielt die national agierende, konservative Lobby-Gruppe „Americans for Prosperity“ (AFP) – durch die auch Welcenbach erst wirklich in den Kosmos des amerikanischen Konservatismus gezogen wurde.⁴¹ Die Organisation bietet nicht nur Trainings und Schulungen für lokale Aktivisten an. Wichtiger ist noch, dass sie über ihre Veranstaltungen und Maillisten überhaupt konservative Aktivisten zusammenbringt. Auf einem der Treffen von AFP ist zum Beispiel auch Jennifer Grant, Anfang 40, Finanzbuchhalterin und Mutter von vier Kindern, die von dort die Anregung erhält, sich stärker in die lokale Politik einzumischen: auch dort schließlich könne man einen Unterschied machen. 2012 kandidiert Grant für das County Board, um, wie sie selbst sagt, für ihre konservativen Werte einzustehen.⁴² Auch sie gewinnt mit großer Leichtigkeit ihre Wahl.

Der Prozess der Politisierung Waukeshas läuft gleichwohl nicht über Nacht ab. Im County Board etwa sind Konservative wie Brandtjen noch immer eine Minderheit: von 25 Supervisors sind es vielleicht sechs, maximal sieben, die dem Tea Party-Flügel der Republikanischen Partei zuzuordnen sind. Keineswegs stimmen sie immer im Block ab, es gibt auch wenig Koordination zwischen ihnen.⁴³ Und bevor man Welcenbach zum genialen Strippenzieher einer groß angelegten Tea Party Offensive stilisiert, muss man sich noch einmal vergegenwärtigen, auf welch niedrigem Wahrnehmungsniveau all das stattfindet. Nach eigenem Bekunden hat Welcenbach etwa für die Wahlen zum County Board 2014 gerade mal ein paar hundert Dollar an Spenden einsammeln können. Im hochpolitisierten Dane County mit seiner sehr professionell organisierten Lokalpolitik käme man damit nicht besonders weit. Das Schwierigste sei, sagt Welcenbach, überhaupt Kandidaten zu rekrutieren, die Interesse daran hätten, Supervisor zu sein. Andererseits zeigen diese Schwierigkeiten vielleicht umso eher, welches Potenzial eine Politisierung der Lokalpolitik in Waukesha hat. Denn wo Welcenbach Kandidaten gefunden hat, haben diese in der Mehrzahl der Fälle auch reüssiert. Und das obgleich

41 Vgl. auch den Artikel von Jessica McBride: „We are an Activist Army“, Say Leaders of New Falls Taxpayers Group, in: *Menomonee Falls Patch*, 1. Juli 2012: <http://patch.com/wisconsin/menomoneefalls/we-are-an-activist-army-say-leaders-of-new-falls-tax-p5692ae778f> (zuletzt abgerufen am 2. Juni 2015).

42 Gespräch mit Jennifer Grant, 25. Oktober 2012.

43 Gespräch mit Jennifer Grant, 26. September 2014.

sich auch nach den Maßstäben des amerikanischen Konservatismus fragwürdige Personen unter ihnen befanden, zum Beispiel ein Mitglied der anti-semitischen „John Birch Society“, der 2014 eine langjährige Supervisorin mit Leichtigkeit besiegte. Die unterlegene Kandidatin, Pamela Meyer, hatte den Recall gegen Scott Walker unterzeichnet – in Waukesha in politischer Hinsicht ein sicheres Todesurteil. Welcenbachs kleine Gruppe hat mit dem öffentlichen Register zum Recall extrem effizient gearbeitet: Alle 3 County Board Mitglieder, die 2011 den Recall gegen Scott Walker unterzeichnet hatten, und die 2012 wieder oder neu antraten, wurden von der Gruppe ins Visier genommen. Larry Nelson, der ehemalige demokratische Bürgermeister der „City of Waukesha“, der mittlerweile im County Board sitzt, hatte den Recall wohlweislich gar nicht erst unterschrieben: Er habe gewusst, sagt Nelson, dass er danach Schwierigkeiten haben werde, noch irgendein Amt in Waukesha County auszuüben.⁴⁴ Tatsächlich werden die meisten Unterzeichner des „Recall“ 2012 oder 2014 abgewählt. Ähnliche ergeht es jenen, die 2011 gegen die Resolution, die Scott Walkers Act.10 unterstützte, gestimmt hatten.

Im Grunde scheint dieser Mechanismus sehr logisch: Die meisten Menschen wissen wenig über ihre lokalen Repräsentanten, sind oft auch nicht übermäßig über die Themen lokaler Politik informiert. Gleichzeitig aber ist Waukesha extrem republikanisch und empfänglich für die Anti-Government-Rhetorik der Tea Party, auch wenn die Problemlagen auf lokaler Ebene vielleicht ganz andere sind. Unter diesen Umständen nutzen also auch Wähler bei lokalen Wahlen den „Short-Cut“ der Ideologie. Im Grunde zeigt sich damit das gleiche Muster wie in Dane County: Politisierung zahlt sich stets für jene aus, die sich mit der Ideologie der Mehrheitskultur im Bunde wissen. Sie polarisieren, während alle, die sich strukturell im Nachteil wähnen, versuchen zu depolarisieren, und Parteizugehörigkeiten ebenso wie ideologische Orientierungen in ihrer Bedeutung herunterspielen.

Auch in Waukesha wurden, wie in Dane County, die Wahlkämpfe für Richter-Ämter in zuvor nicht gekannter Weise politisiert und wer als nicht hinreichend konservativ galt, war sein Amt schnell los. So erging es z.B. Richard Congden, als er 2010 für das Amt des „County Judge“ kandidierte. Congdon hatte sein Leben in Waukesha verbracht und 33 Jahre Erfahrung als Anwalt in Gerichtssälen gesammelt. 2009 war er vom damaligen Gouverneur des Staates, dem Demokraten Jim Doyle, nach einer Vakanz in sein Richteramt ernannt worden. Die juristische Erfahrung seines Konkurrenten Mark Gundrum bestand – neben seinem juristischen Abschluss – vor allem in einer ein paar Monate währenden Tätigkeit als Militäranwalt der amerikanischen Streitkräfte im Irak. Vor allem aber hatte Mark Gundrum über 20 Jahre als Republikaner in der State Legislature in Madison ge-

44 Gespräch mit Larry Nelson, 25.09.2014.

essen, er war also ein Berufspolitiker – während Congdon für einige Jahre Vorsitzender der Demokratischen Partei von Waukesha gewesen war. Es liegt in dieser Logik, dass der Wahlkampf des Republikaners Gundrum vor allem die Parteizugehörigkeit und die ideologischen Orientierungen des Kandidaten betont: Waukesha brauche jemanden mit einer „solid, conservative view of the law.“ Und Congdon seinerseits versuchte, den Wahlkampf zu depolitisieren: „There’s nothing conservative or liberal about courtroom work. If somebody needs to go to prison, you send them to prison. If somebody needs to go to prison for a long time, you send them to prison for a long time.“⁴⁵ Der Republikaner Gundrum gewann mit fast 80% der Stimmen.

So polarisiert und politisiert wie Dane County ist Waukesha trotz allem noch immer nicht. Doch die Anzeichen für eine partielle Angleichung sind nicht zu übersehen. Auch Waukeshas Lokalpolitik hat sich polarisiert und damit auch parteipolitisiert, auch wenn die hauptsächliche Konfliktlinie etwas anders verläuft: In Waukesha findet die ideologische Auseinandersetzung sehr viel stärker im eigenen politischen Lager statt. Zwar gibt es auch in Madison einen steten Überbietungsversuch, wer in reinerer Form linke Politik verkörpert. Doch Referenzpunkt aller Politik bleibt dabei der „Feind“, der weiterhin in der anderen Partei zu finden ist – und wenn dieser Feind in der eigenen Lokalpolitik auch mittlerweile vollständig marginalisiert ist, so heißt es eben, noch verstärkter über nationale und bundesstaatliche Themen die Binnenintegration aufrecht zu erhalten. In Waukesha aber zeigt sich in der Lokalpolitik im Grunde jener Split, der die Republikanische Partei auch auf nationaler Ebene derzeit prägt. Schon die bisher noch bescheidenen Geländegewinne der Tea Party Gruppierungen reichen aus, um die moderat-konservative politische Führung im County Board nervös zu machen. Der County Board Chair Paul Decker und der County Executive Dan Vrakas geben sich alle Mühe, die Tea Party-Fraktion zu kontrollieren und zu neutralisieren.

Auch Brandtjen, Grant und die anderen Tea Party Republikaner versuchen nun häufiger, Resolutionen einzubringen: etwa gegen die Einführung des Spanischen als zweite offizielle Amtssprache in den USA, oder gegen die Amnestie illegaler Einwanderer usw. Die politische Führung des Counties versucht diese Vorhaben jedes Mal im Keim zu ersticken. Sobald der County Executive Wind davon bekommt, zitiert er die Antragssteller in sein Büro und versucht sie zu überzeugen, dass das der Anfang vom Ende sei: Würde er eine Resolution unterstützen, die die Abschiebung aller Illegalen nach Mexiko vorsieht, dann käme morgen jemand,

45 Vgl. Mike Johnson: State legislator announces run for Waukesha County judgeship, in: *Milwaukee Journal Sentinel*, 13. November 2009: <http://www.jsonline.com/news/waukesha/70042847.html> (zuletzt abgerufen am 22.06.2015).

und lege eine Resolution gegen die Klimaerwärmung vor (was sich natürlich in Waukesha in Wahrheit niemand trauen würde). Wie wäre es denn, wenn die entsprechenden Supervisors einfach dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ein Brief schreiben würden? Das hätte sicherlich eine ebenso große Wirkung. Den größten Unfug, sagt Vrakas, habe er auf die Weise immerhin verhindern können.⁴⁶

Die moderaten Republikaner wie Vrakas, die in der Lokalpolitik von Waukesha dominierend sind, haben kein Interesse daran, die Lokalpolitik ideologisch aufzuladen: für sie sind diese Versuche Nebenkriegsschauplätze, die von dem ablenken, was tatsächlich zu den Kernaufgaben von County Government gehört sollte: „In local government you don't get into social issues. Which really more and more divide the Republican and Democratic parties. We are not getting into gay marriage and abortion. We don't get into that here. It's more business. Let's plow the streets and stuff.“⁴⁷ Aber sie vermeiden diese Themen auch, weil sie ahnen, dass es eine Dynamik in Bewegung setzen könnte, die sie am Ende selbst ihre Position kosten könnte. Paul Decker, der Nachfolger Dwyers als County Board Chair, ist wie Vrakas ebenfalls ein moderater Republikaner, der auf die Frage, ob er religiös sei, antwortet, er sei eher „spirituell“ veranlagt – nicht unbedingt die Antwort, mit der man zum Liebling der konservativen Basis avanciert. Bisher stellt ihm aber noch niemand solche Fragen, weil sich Waukeshas Lokalpolitik über solche Fragen nicht definiert.

Dass diese Neutralisierungsversuche bisher noch funktionieren, liegt wohl auch daran, dass in der Lokalpolitik die Wissens- und Kompetenzlücke zwischen dem offiziellen Verwaltungsapparat und den Amateur-Politikern einfach riesengroß ist. Nach eigenen Aussagen verwenden die meisten County-Board Mitglieder zwischen vier und sechs Stunden in der Woche für ihre Arbeit, was es schwer macht sich in aller Tiefe mit einem Thema zu beschäftigen. Auf die Ultra-Konservativen im County-Board wirkt die Expertise des Verwaltungsstabes daher extrem einschüchternd. Ständig erhalte sie „history Lessons“ sagt etwa Janel Brandtjen. Einwände gegen ihre Vorschläge bezeichnet sie als Strategie „to get tied up in the details.“ Dazu kommt: Es ist grundsätzlich nicht leicht, in der Lokalpolitik hart und konfrontativ zu sein. In den Sitzungen des County Boards sitzen die Tea Party Aktivisten zwischen moderaten Republikanern und den zwei Demokraten relativ einträchtig miteinander. Man spricht über die Kinder, den letzten Urlaub, das letzte Spiel der Green Bay Packers. Es gibt keine so vollständige Gruppenbildung wie in Dane County. 90% der Abstimmungen sind in der Tat irgendeiner Art von Konflikt nicht zugänglich, werden oft ohne Gegenstimme angenommen. Gegen dieses Klima von Kollegialität und Konsens zu verstoßen, fällt auch jenen nicht

46 Gespräch mit Dan Vrakas, 20. November 2012.

47 Gespräch mit Dan Vrakas, 20. November 2012.

leicht, die mit dem erklärten Ziel in das County Board gegangen sind, dort die Fronten zu klären. „Its not fun being the unpopular teenager in the room“, sagt etwa Janel Brandtjen.⁴⁸

In der Tat könnte man fragen, was überhaupt den Widerstand von Brandtjen und anderen erregt. In vielerlei Hinsicht entspricht Waukesha ja tatsächlich geradezu dem Idealbild konservativer Politik: Es ist das County mit der niedrigsten „property-tax“ in Wisconsin, das einzige County, dass keine zusätzliche „sales-tax“ erhebt, und jenes mit den wenigsten Angestellten des öffentlichen Dienstes im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Besonders stolz ist man darauf, dass man von den Ratingagenturen für die Haushaltsführung noch stets ein „Triple-A-Rating“ bekommen hat. Oder um es mit den Worten von Dan Vrakas zu sagen: „I believe Waukesha County government is close to groups like the Tea Party could want government to be run.“⁴⁹ In der Tat gibt es in Waukesha einige aufwendige soziale Einrichtungen, beispielsweise Suchtklinken, oder Frauenhäuser, die sich andere Counties in Wisconsin gar nicht leisten können. Die moderaten Republikaner, die in Waukeshas Lokalpolitik noch den Ton angeben, sind stolz darauf, diese Programme zu haben und trotzdem quasi schuldenfrei zu sein. Vielleicht wäre das eine potentielle Angriffsfläche, doch keiner aus der Tea Party-Fraktion stellt diese Programme bis jetzt in Frage. Stattdessen geht es eher um monetäre Kleinigkeiten, etwa, wenn das County beschließt, einen Fahrradweg neu zu asphaltieren, denn schließlich: wer sollte in Waukesha schon mit dem Fahrrad fahren wollen? Oder man fordert die Streichung der paar Tausend Dollar für das öffentliche Museum in der City of Waukesha, das sich schließlich auch nach den Gesetzen des freien Marktes bewähren müsse.

Der Tea-Party-Fraktion in der Lokalpolitik von Waukesha geht es vor allem anderen um Identität, darum, die Lokalpolitik zum Resonanzboden der eigenen Ideologie zu machen. Wie, fragt z.B. Jennifer Grant, sollten schließlich die Liberalen in San Francisco oder Madison fiskalische Disziplin lernen, wenn in Waukesha noch immer nicht so viel gespart werde, wie es theoretisch möglich sei? „We are of one the most conservative counties in the country [...] We should be cutting edge!“⁵⁰

So steht am Ende der Expedition in die Hochburgen von Dane und Waukesha County eine wohl nicht wirklich überraschende Erkenntnis: Angesichts der ideologischen Aufladung der amerikanischen Politik insgesamt verändert sich auch die Lokalpolitik in Richtung einer stärkeren Parteipolisierung. Das muss nicht unbedingt bedeuten, dass die Parteien als Organisationen dabei eine bedeutende

48 Gespräch mit Janel Brandtjen, 2. November 2012.

49 Gespräch mit Dan Vrakas, 17. Mai 2012.

50 Gespräch mit Jennifer Grant, 26. September 2014.

Rolle spielen. Gemeint ist damit eher, dass die Themen nationaler Politik sich, quasi durch die Hintertür, ihren Weg in die lokale Politik bahnen und zum anderen, dass die Sphäre politischer Neutralität kleiner wird: Im Zeitalter der Polarisierung wird auch auf diesen Ebenen den Akteuren zunehmend ein politisches Bekenntnis abverlangt, dass über die Beteuerung, reine Sachpolitik zu betreiben, hinauszugehen hat. Gleichwohl bleiben die Unterschiede markant: In Dane County ist die lokale Politik tatsächlich eine viel stärkere Reflexion der nationalen Verhältnisse – sieht man einmal von den krass-einseitigen Mehrheitsverhältnissen ab. Man kann getrost davon ausgehen, dass dieses in anderen, vergleichbaren liberalen Hochburgen, von Ann Arbor bis Boulder und Berkeley bis hin zu größeren Städten wie Austin, Portland und San Francisco ähnlich sein dürfte. Waukesha ist hingegen nicht im gleichen Maße politisiert. Doch auch hier haben lokale Aktivisten die Kommunalpolitik als Einfallstor zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen entdeckt.

Grundsätzlich, das wurde in dieser Arbeit bereits dargelegt, muss man sich den Polarisierungskreislauf der amerikanischen Politik als Ergebnis des Zusammenspiels zwischen den Strategien politischer Eliten und den Präferenzen der Wählerschaft vorstellen. In Bezug auf die Lokalpolitik spricht allerdings – bedenkt man, dass es hier zu einer verspäteten, „nachholenden“ Polarisierung gekommen ist – vieles dafür, dass hier nationale Konfliktmuster geradezu erlernt und „nachgeahmt“ wurden. Die zunehmende Parteipolitisierung ehemals relativ unparteilicher Institutionen dürfte dabei nicht nur das Repräsentanzproblem in politischen Hochburgen verstärken, da es die stille Resignation der „Minderheiten“ weiter beschleunigen dürfte.

Der durch lokale Aktivisten entfachte Druck und die eindeutigen Mehrheitsverhältnisse dürften darüber hinaus auch für eine Politik sorgen, die die Charakteristiken beider Orte weiter verstärken. Eigentlich war der Untersuchungszeitraum für das Studium der Konsequenzen dieser Entwicklung zu kurz; aber bedenkt man, dass schon der Bau eines Fahrradweges in Waukesha County politische Kontroversen auslösen kann (wie es ein Tea-Party-Aktivist bei einer vom Autor besuchten Wahlkampfveranstaltung von Mitt Romney und Paul Ryan in Waukesha ausdrückte: „Biking is Unamerican!“), und stellt dies den ganz entgegengesetzten Zielen der Lokalpolitik in Dane County gegenüber, so scheinen die praktischen Konsequenzen doch offenkundig zu sein. So spricht angesichts des Beispiels von Dane und Waukesha County auch in dieser Hinsicht sehr wenig dafür, dass die zentrifugalen Kräfte in der amerikanischen Gesellschaft, ausgelöst durch die Freiheit der Wahl, in näherer Zukunft gebändigt werden könnten.

